An die Medien Dortmund

20.08.08

PRESSEMITTEILUNG

Sozialticket und Lernmittelfonds: Notwendige Hilfen für die Schwächsten

Die GRÜNEN im Rat verteidigen das Sozialticket und den Kommunalen Lernmittelfonds gegen die öffentliche Kritik.

Birgit Unger, Ratsmitglied der GRÜNEN:

"Die CDU hat die Einführung des Lernmittelfonds abgelehnt. Wenn sie jetzt die konkrete Umsetzung kritisiert, dann geht es ihr nicht darum, dass die betroffenen Familien und ihre Kinder auch wirklich Hilfen in Form von Heften, Stiften und Tornistern bekommen. Die CDU sorgt sich alleine um die Abläufe an den Schulen.

Aus GRÜNER Sicht sind sowohl der Lernmittelfonds als auch das Sozialticket zu allererst notwendige und konkrete Hilfen für viele von Armut bedrohte oder betroffene Menschen in unserer Stadt. Dass mittlerweile über 20.000 Personen ein Sozialticket nutzen, ist dafür nur ein Beleg. Deshalb haben wir beides eingeführt, obwohl es eigentlich Aufgabe des Bundes wäre, hier endlich was zu tun. Man muss festhalten: Nicht nur die CDU-geführte Bundesregierung lässt die Menschen im Stich, indem sie sich weigert, endlich die Regelsätze für das Arbeitslosengeld II zu erhöhen und einen eigenen Regelsatz für Kinder einzuführen. Auch mit der CDU in Dortmund haben die Betroffenen nichts zu lachen. Denn wer Sozialticket und Lernmittelfonds in Frage stellt, trifft damit zunächst vor allem genau die Ärmsten der Stadt."

Die GRÜNEN erinnern daran, dass der Beschluss zur konkreten Einrichtung des Kommunalen Lernmittelfonds erst in der letzten Sitzung des Rates vor den Sommerferien fallen konnte. Denn erst kurz vorher war der Haushalt der Stadt nach vielen Verzögerungen durch den CDU-Regierungspräsidenten freigegeben worden. Bedingt durch die Sommerferien war klar, dass es keine optimalen Absprachen mit den Schulen geben konnte.

Birgit Unger: "Dass es beim Lernmittelfonds Probleme bei der Umsetzung gibt, stellt aber doch seinen Sinn nicht infrage. Im Gegenteil: 60,- Euro pro Kind für Schulmaterialien sind für die betroffenen Familien eine wichtige Unterstützung. Deshalb muss es jetzt darum gehen, dass trotz der Anlaufschwierigkeiten die Hilfe auch ankommt. Wir gehen davon aus, dass dies durch weitere Gespräche und Abstimmungen zwischen Schulen und Verwaltung besser und unkomplizierter klappt als bisher."

Beim Sozialticket, so **Birgit Unger**, stellt sich die Situation vollkommen anders da: "Da hat die Umsetzung hervorragend geklappt. Sozialverwaltung und Stadtwerke haben zu Beginn des Jahres innerhalb weniger Tage das Sozialticket auf den Weg gebracht. Organisatorische Probleme sind uns nicht bekannt. Und zur Bewertung der angeblichen Mehrkosten fehlen uns nach wie vor die angekündigten Unterlagen der Stadtwerke. Wer das Sozialticket in seiner jetzigen Form kritisiert, dem muss klar sein: Mit der CDU würde es auch hier gar nichts geben. Und mit der Forderung der LINKEN nach einem Nullticket wären die angeblichen Verluste noch größer."